

Emser Zeitung

nebst Amtlichem Kreisblatt



für den Unterlahnkreis

Verlagspreis 1.— 15. Sept.: 1000 Milliarden, Anzeigenpreise: Die emp. Millimeter-Zeile 8 G.-Pfg., auswärts, emtl. Bes. samt Anzeigen u. Verleger, 12 G.-Pfg. Hell. 25 G.-Pfg. Die Preise werden mit dem Emser Multiplikator vervielfacht.

Lahn- Bote

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Notationsdruck und Verlag: G. Chr. Sommer, Bad Ems. Inh.: B. Jäger Hellingfors. Geschäftsstelle: Wackerstr. 95. Telefon 7. Verantwortliche Schriftleitung: Nag. Klug.

Amtliches Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Nummer 216

Bad Ems, Montag den 15. September 1924

75. Jahrgang

Reichsregierung, Kriegsschuldfrage und Völkerbund.

Heute Kabinettsitzung

Berlin, 15. Sept. Heute findet eine Kabinettsitzung statt, dessen Tagung als einzige in Punkt die Ernennung der Mitglieder des Eisenbahner-Konventionsrates enthält. Man erwartet eine neue Beschlusstiftung in der Frage der Kriegsschuldfrage.

Berlin, 14. Sept. Nachdem die Reichspolizei nicht der Abreise von der herborgernden Personalisten des Reichsministeriums in den letzten 14 Tagen fast eingeschlossen war, so daß sich ein Teil der Reichspolizei in die Presse immer mehr in einen politischen Parteikampf verlor und die Politik in das Parteigebiet zu verfallen sich bemühte, so ist mit der Freitag erfolgten Rückkehr der Reichsministerialräte Dr. Stresemann eine neue Wendung eingetreten. Es wurde eine Bekräftigung über die Stellung der Reichsregierung zu den wichtigsten schwebenden Fragen gegeben. Es handelte sich um die Frage der Aufhebung der Kriegsschuldfrage durch die Reichsregierung an die fremden Mächte und um den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund. Es ist nicht schwer, hinter der Bekräftigung der Reichsministerialräte Stresemann zu erraten.

Ein Teil der Antisemitiker spricht von einer Kehrung um, von einer Stresemann-Kehrung. Es wird behauptet, entgegen der Bekräftigung der Reichsministerialräte in der Kriegsschuldfrage und Völkerbündnisfrage nicht den strengen Standpunkt von Stresemann. Auf der anderen Seite hat sich aber Dr. Stresemann auf dem Standpunkt der Aufhebung der Kriegsschuldfrage und Beitritt zum Völkerbund nicht festgesetzt. Was den Zeitpunkt der eventuellen Aufhebung der Kriegsschuldfrage an sich betrifft, so soll Dr. Stresemann sich freie Hand vorbehalten haben und im Zusammenhang mit anderen zu erwartenden Ereignissen und Vorfällen, über die sich näheres noch nicht sagen werden kann, ihn auszunutzen beabsichtigen.

Verdächtige Hinweisföhrung?

Paris, 14. Sept. Der Berliner Vertreter des Echo de Paris glaubt zu wissen, daß im Verlauf des am Montag stattfindenden Kabinettsitzung der Bericht gemacht worden wird, die Notifizierung des deutschen Memorandums zur Kriegsschuldfrage für drei bis vier Wochen hinausgeschoben.

Kriegsschuldfrage und Völkerbund

Berlin, 14. Sept. Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse der letzten Tage in der Angelegenheit der Kriegsschuldfrage und des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund wurden in der Presse von beider Seiten sehr bestimmte Informationen erteilt, nach denen die Umdeutung der Kriegsschuldfrage nicht im Herbst und später zum Anfang der Londoner Verhandlungen geplant war. Sie konnte aber in London aus rein technischen Gründen wegen des geringsten eiligen Beschlusses des Völkerbundes nicht mehr erfolgen. Die entscheidendste Umänderung sei wieder in diesem noch in einem späteren Stadium mangelnd gewesen. Beibehaltung die Frage niemals vom parteipolitischen Standpunkt aus angehen werden. Gelegentlich der parlamentarischen Beratung des Londoner Vorklubs hat der Minister des Auswärtigen im vollen Einverständnis mit dem Kabinett auch die Zeitverhältnisse von der geplanten Formulierung der Erklärung über die Kriegsschuldfrage rechtzeitig unterrichtet. Es darf nicht übersehen werden, daß die Umdeutung der Regierung lediglich eine grundsätzliche Berücksichtigung zur Aufklärung enthält, daß es aber der Natur der Kriegsschuldfrage zugehört, wenn die Verhältnisse in der Zeit umher wolle. Sicher ohne Zweifelstand in den Völkerbund nicht eintreten, die nicht die Kriegsschuldfrage gelöst sei. Auch zwischen dem Staatssekretär v. Welzen und dem Minister des Auswärtigen haben in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten bestanden. Herrington habe auch in London trotz vielfacher Gelegenheiten ein einiger fremder Staatsmann den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der eine neue Kriegsschuldfrage sei, angefragt. Wenn der Herr Staatssekretär Deutschlands in Genf bereit werden sollte, müßte man die Lösungen zumutigen Deutschlands nicht ablehnen, daß es den Vorklubs durch die Wahl erlange, sondern ihn einen Kandidaten wählen lassen. Es sei anzunehmen, daß auch die bevorstehenden Beratungen des Kabinetts über diese Fragen von den gleichen Gesichtspunkten ausgehen.

Rückkehr der Inhrausgewiesenen.

Coblenz, 13. Sept. Zur Ausführung der in London getroffenen Vereinbarungen haben am 12. September 1924 in Düsseldorf Besprechungen zwischen Vertretern der preussischen Regierung und Vertretern des Generals Dequette über die Rückführung der aus dem Ruhrgebiet und dem Ruhrkohlenfeld ausgewiesenen preussischen Beamten in ihre Heimat stattgefunden. Das Ergebnis dieser Besprechung ist, daß abgesehen von den sechs bereits durch die Preß-Bekanntmachungen Bekannten, deren Ausweisung vorläufig nicht wieder aufgehoben ist, alle Ausgewiesenen wieder zum Amte zugelassen sind, mit Ausnahme der folgenden:

- Bürgermeister Schmid in Düsseldorf,
- Regierungsrat Ziegler in Düsseldorf,
- Vollziehungsleiter Wölber in Essen,
- Steinbrunn in Bochum,
- Leitungsbeamter Wäre in Lerne,
- Leitungsbeamter Schenck in Düsseldorf.

Anßerdem bleiben von dieser Richtung einflußreiche Beamten der Schützpolizei ausgeschlossen. Für die Leiter staatlicher Polizeiverwaltungen ist vorläufig die Einbürgerung vorgesehen, daß sie bis zur endgültigen Entscheidung über die Delegation der staatlichen Polizei in besetzten Gebieten, über die weitere Verhandlungen noch vorzulegen sind, ihren Dienst nur mit der Wahrung ausnahmsweise können, daß der Bewachungsdienst von gewöhnlichen Beamten allein verantwortungsbewusst bleiben. Es wurde ferner das Verhalten des Generals Dequette in Aussicht gestellt, daß die Vertreter der preussischen Regierung gewünschte Wünsche auf Einbürgerung der Zahl berücksichtigen, die noch nicht in die Heimat und in ihre Amt zurückkehren können, in näher Zukunft erneuter Prüfung unterzogen werden würden.

Die Erlaubnis zur persönlichen Rückkehr ins norddeutsche Gebiet erstreckt sich auf sämtliche private Ausgewiesenen und auf alle Beamten einschließlicher der Angehörigen der Schützpolizei mit allseitiger Ausnahme der bereits früher berufstätigen sechs Beamten. Über die Rückführung der aus der belagerten Zone des norddeutschen Gebietes ausgewiesenen Beamten in ihre Heimat steht eine Regelung zu erwarten.

Die Verhandlungen in Coblenz.

Coblenz, 13. Sept. Die Coblenzer Verhandlung in London gipfelt in mehreren Kommissaratsgesprächen. Der von der Reichsregierung beauftragte Vertreter der Verhandlungen in Coblenz, Landesbankmann Dr. Franke hat im Laufe des gestrigen Besprechungs der französischen, belgischen und belgischen Oberkommissare nachzugehen. Er teilte mit ihnen eine längere Unterredung. Nach der Einlieferung der S. A. am 11. September wurde die Anwesenheit von etwa 1000 Verhafteten und Anwesenden über zurückgenommen. Franke hat sich gestern abend nach Düsseldorf, wo er dort die in Aussicht genommene Verhandlungen mit dem französischen Oberkommissar angeschlossen.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen

Der belgische belgische Gesandte in Berlin, Graf de la Falck de Werghien, hatte den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, zu einem Frühstück eingeladen, um ihn mit den Herren Dr. Inghelien in Berlin eingeführten belgischen Delegation für die bevorstehenden Verhandlungen bekannt zu machen. Neben dem belgischen belgischen Delegation, über deren Zusammenfassung bereits berichtet worden ist, nahmen an dem Frühstück der großherzoglich-luxemburgische diplomatische Vertreter Dr. Michiels und die belgischen Generalkonsuln in Deutschland Hll. Van denker Seite waren außer dem Reichsminister Dr. Stresemann, Staatssekretär Jäger, v. Welzen, die Ministerialdirektoren von Stöckmann und Lehmann eingeladen.

Die Freigabe des Karlsruher Hafengebietes

Karlsruhe, 13. Sept. Nachdem in der Nacht vom Sonntag zum Dienstag die Zolllinie im Karlsruher Hafengebiet aufgehoben wurde, ist mehrfach heute nachmittags auf der Personendampfer, der bis jetzt streng kontrolliert wurde, freigegeben worden. Gegen 1 Uhr mittags trat der letztgenannte Dampfer ein, die Passagiere einzulassen und um 1 Uhr 15 Min. war der Verkehr nach dem Hafen frei. Der

mit ihr jetzt das Betreten des gesamten Karlsruher Hafengebietes, das seit Februar 1923 gesperrt war, wieder ohne Kontrolle möglich. Das Hafengebiet ist seit dem Aufhebung der Besatzungsbefugnisse verständigt worden.

Die Reichsbahngesellschaft

Berlin, 14. Sept. Nachdem nunmehr die ausländischen Vertreter für den zukünftigen Generalrat der deutschen Reichsbahngesellschaft ernannt sind, wird voraussichtlich in dieser Woche die Ernennung der neuen deutschen Mitglieder des Eisenbahngeneralrats durch das Reichskabinett erfolgen müssen, da die erste Sitzung schon für den 23. September vorgesehen ist. In dieser Sitzung wird nach Konsultation des Generalrats die Wahl des Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft, sowie die Bildung der notwendigen Ausschüsse erfolgen. Es ist damit zu rechnen, daß zum Generaldirektor der bisherige Reichsbahnministerialrat Delet gewählt werden wird, der dann aus dem Reichskabinett auszuwählen wäre. Über die Namen der neuen deutschen Vertreter berichtet noch nichts Bestimmtes. Vorläufiglich wird ihre Ernennung nach der Konsultation erfolgen, daß in dem Generalrat von deutscher Seite nach Möglichkeit die Männer, Justiz, Handel, Finanzen, Landwirtschaft, auf die Reichsbahnverwaltung und möglicherweise auch das Personal der Eisenbahn vertreten sein werden. Nach der für Anfang Oktober vorgesehenen Beilegung der belgischen Reichsbahn in die ganze deutsche Reichsbahn wird die Ernennung nach dem vom Reichsbahnministerialrat werden wird. Eine Entscheidung hierüber ist noch nicht erfolgt.

Herrings Berliner Tätigkeit

Zu der Reihe des Generalrats für die Reparationsabmachungen, Owen Young machte der Sekretär Dr. Young einen Vertreter von Young's Office, die belgische Delegation. Bei dem Eintreffen Mr. Youngs in Berlin ging seine Arbeit dahin, etwa 10 bis 14 Tage in Berlin zu bleiben, um während dieser Zeit die organisatorischen Voraussetzungen für die Einrichtung seines Büros zu schaffen. Nach Ablauf dieser Zeit wollte er sich mit dem belgischen Kommissar der Reparationsabmachungen in Paris treffen, um ihnen über die in Berlin erzielten Ergebnisse zu berichten und sich mit dem belgischen Kommissar zu beraten. Die Einleitung dieses Programms hing von dem Scheitern ab, die er hier kein Beginn seiner Arbeit empfand. Seine frühere Aufgabe nach Paris ist demnach ein Zeichen dafür, daß er mit dem Verlauf seiner belgischen Tätigkeit zufrieden ist. Der Zeitpunkt seiner Rückkehr ist vorläufig noch nicht bekannt. Wenn die Besprechungen mit den Kommissaren der Reparationsabmachungen in Paris den erwarteten glatten Verlauf nehmen, so wird Mr. Young vermutlich ein zusammen mit Alfons Gilbert, dem belgischen Reparationskommissar, nach Paris zurückkehren. Dasselbe ist in Berlin geblieben. Young's Büro sollte seine Arbeiten ohne Unterbrechung fort.

Der Streit Danzig—Volen vor dem Völkerbund

Genf, 14. Sept. Der Völkerbundrat verhandelt Sonntagmorgens über eine Beschwerde des freifreies Danzig in Bezug auf die Ausweisung Danziger Staatsangehöriger aus Polen. Auf dem Höhepunkt einer kurzen Erklärung auf die Unlösbarkeit der gegenwärtigen Verhandlungen, führte Danzig den Fall zur Entscheidung an. Der Völkerbundrat hat die Angelegenheit nun dem polnischen Rat unter der Führung des belgischen Außenministers unterbreitet. Da die Danziger Regierung zurück eine diplomatische Erklärung in Danzig unterbreitet, kann sie in einem solchen Falle keine weiteren Schritte unternehmen. Es liegen für auch keine anderen Möglichkeiten vor, da argentinische Beschwerden durch einen Beschluß des Rates unterbreitet sind. Danzig ist also für einen auf die vollkommene Beendigung der Verhandlungen zurückzuführen. Dem Rat lag eine Resolution vor, wonach die Angelegenheit einer internationalen Kommission von hervorragenden Juristen übergeben werden soll. Soziale Danzig die Polen erklären sich damit einverstanden und der Rat beschloß dementsprechend. Die Danziger Herren sind von diesem Ergebnis sehr zufrieden und die Angelegenheit nun dem Rat unterbreitet und in die Hände juristischer Sachverständiger übergeben worden ist.

Unruhen überall

China

Shanghai, 13. Sept. An der Westfront haben die chinesischen Truppen keinen Erfolg. Die Chinesen haben die belagerten Städte immer noch gewonnen, bis nach Nanking zurückzuführen. Peking, 13. Sept. Das Parlament hat Dr. Wen zum Premierminister ernannt. Wen ist in Kweichow, von 1920 Außenminister, dem Dr. eadler 1921 bis Juni 1922 stellvertretender Premierminister. Er wurde auf verschiedenen diplomatischen Missionen benannt.

Peking befehligt. Peking, 13. Sept. Aus Peking wird gemeldet, daß man einen Angriff des Generalgouverneurs der Provinz Chong Tzu-Sin befürchtet, der mit seiner Armee in Glinchingen auf Peking anrückt. Die Stadt ist in Verteidigungsstand versetzt worden. Außerdem wurde der Belagerungsaufstand verhängt. 60.000 Soldaten haben Befehl erhalten, die Stadt gegen den Angriff des Generalgouverneurs zu schützen.

China lehnt jede Intervention ab

Peking, 13. Sept. Das chinesische Kabinett hat heute eine Resolution angenommen, in der es sich gegen eine mögliche Intervention der Großmächte bezieht. Es wurde der Völkerbund eine Genehmigung anderer Mächte in die Angelegenheiten in China aufs entschiedenste abgelehnt. Begegnete wurde die Einberufung einer internationalen Konferenz abgelehnt.

Falls eine solche zusammenzutreten sollte, wird sie von der Regierung Chinas aufs entschiedene verweigert werden.

Gesteige Lage in Marokko

London, 13. Sept. Wie aus Gibraltar gemeldet wird, haben die Rifkämpfer alle Stützpunkte zwischen Tetuan und Saghama eingenommen und sind mit 7000 Mann in Saghama eingedrungen. Die Rifkämpfer südlich von Tetuan seien durch die Höhen besetzt worden. An die Bevölkerung sei die Aufforderung ergangen, die Häuser von Angehörigen neutraler Völker zum Schutz vor einer Bombardierung zu verlassen.

Paris, 13. Sept. Wie das 'Reit Journal' über die Vorgänge in Spanisch-Marokko berichtet, sind die General Primo de Rivera unternommen Schritte, Tschinguan zu befreien, und die Linie wieder zu befestigen, nicht möglich gewesen. Gegenwärtig hätten die Spanier die Stellung, die sie auf den, den Verlust befristenden Höhen besetzt halten, geräumt. Auf der Straße von Tetuan nach Tschinguan hätten sich die Rifkämpfer der Schließstellung von Tab el Abla bemächtigt und die spanische Garnison von Tetuan ungefähr 8000 Mann stark, sei augenblicklich vom Feinde vollständig umzingelt. Sie werde sich zweifellos bemühen, die Linie der Rifkämpfer zu durchbrechen, um sich nach der Küste zurückzuziehen, bevor der Regen den Hügel unzugänglich macht. Paris, 13. Sept. In Marokko wird wieder berichtet über die Lage in Marokko. Die drei Kolonnen haben in dem Abschnitt von Tann operiert. Sie sind auf kurze feindliche Abteilungen gestoßen, die unter Befehl der Rifkämpfer und der Algerier besetzt waren und die zahlreich gefangen wurden. Die Spanier verloren 17 Soldaten und 14 eingedrungene Soldaten.

Arabien

Kairo, 13. Sept. Die Zeitung 'Al-Nahd' veröffentlicht unter dem Titel 'Al-Farouk' ein Memorandum aus Mekka, in dem mitgeteilt wird, daß die Wahabiten die Einnahme der Dschizafat (Dschizaf) durch die Wahabiten und die Dschizaf gefangen und in Mekka übergeben. Die Unterzeichner des Telegramms erbitten Hilfe.

Kämpfe im Hedjaz

Kairo, 13. Sept. Weiter meldet: Dem Minister der öffentlichen Arbeiten ging ein Versuch um Erlaubnis der Überführung der Stütze für eine Pilger in Mekka nach Tschizaf, da die Gefahr besteht, daß Mekka von den Wahabiten erobert wird. Die Stütze der Hedjaz sind bei Tschizaf zusammengezogen, das die Wahabiten angreifen. Die Stütze von Hedjaz liegen eine kleine Höhe in Mekka zurück. Man hält es für wenig wahrscheinlich, daß die beschriebenen Stütze sich zusammenschließen werden, um dem König Hussein bei der Verteidigung Mekkas zu helfen. London, 13. Sept. Dem unterirdischen Londoner Kreis erklärte, daß nach Meldungen aus Tschizaf die Nachrichten über Orewatun, die die Wahabiten begeben hätten, übertrieben seien.

